

"Wir müssen uns von den ‚Image-Makern‘ lösen"

Anklage gegen Schweizer Atomkritiker wegen Verletzung von Amtsgeheimnissen fallengelassen. Risiko bleibt. Gespräch mit dem Geologen Marcos Buser

Interview: Alexander Bahar

11. Juli 2014

Der Geologe Marcos Buser gilt als der profilierteste Atomkritiker der Schweiz. Er war viereinhalb Jahre lang Mitglied der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit (KNS). Als ihm ein Whistleblower Dokumente zuspielte, die belegen, dass die Schweizer Atom-Aufsichtsbehörden ihre Aufgaben nicht in der gebotenen Unabhängigkeit erfüllten, trat er im Juni 2012 von seinem Amt zurück. Bei der Schweizer Atom-Lobby gilt er seither als Persona non grata und sah sich zynischerweise sogar mit einer Anklage wegen der Verletzung von Amtsgeheimnissen konfrontiert. Die Schweizerische Bundesanwaltschaft entschied im Juni 2014, diese Anklage fallen zu lassen und bescheinigte Buser, korrekt gehandelt zu haben.

AB: Nun, Herr Buser, zufrieden mit dem Entscheid der Bundesanwaltschaft?

MB: Ja und nein. Ja, weil in einem sehr sorgfältig begründeten Entscheid festgestellt wurde, dass ich korrekt gehandelt habe. Die Bundesanwaltschaft legte Wert darauf festzustellen, dass ich über mehr als neun Monate verschiedene Amts- und Dienststellen über die Missstände informierte und erst danach den Gang an die Öffentlichkeit antrat. Dies zeigt nur, wie wenig ernst Kritik genommen wird. Nicht zufrieden bin ich, weil die Anzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung, die ich gegen einen Mitarbeiter des Bundesamtes für Energie angestrengt habe, von derselben Bundesanwaltschaft abgewiesen wurde. Die Institution wurde geschützt, obschon eindeutige Amtsgeheimnisverletzungen und Übergriffe stattgefunden haben.

AB: Herr Buser, warum werden Sie in Ihrem Heimatland, der Schweiz, derart attackiert?

MB: Ganz einfach, weil ich mich mit einer der mächtigsten Lobbys des Landes angelegt habe. Ich habe nie Angst gehabt, meine Arbeit in völliger Unabhängigkeit zu machen. Wenn man natürlich unangenehme Fragen aufwirft und auf Probleme und auf irreguläre bzw. marode Zustände hinweist, sind die Reaktionen massiv. Aber wir haben im Nuklearbereich – wie in der Bankenwelt – ein Problem. Die zu große Nähe von Entsorgern und Behörden, die Absprache von Strategien, die Einflussnahme des Entsorgungspflichtigen auf die Behörden, zum Beispiel in strategischen und regulatorischen Belangen, sind nur eine Seite der Medaille. Die mangelnde Kompetenz von Leuten in leitenden Behörden oder Abhängigkeiten, die sich daraus bei der Aufsicht entwickeln, sind die andere Seite. Es ist klar: wenn solche Zustände sichtbar gemacht werden, wird man von diesem Interessenkonglomerat attackiert und diffamiert. Für mich wurde jedenfalls klar, dass ich unter solchen Rahmenbedingungen nicht als Alibi in einem Gremium wie der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit arbeiten konnte. Konsequenterweise trat ich daraufhin aus dieser Kommission zurück.

AB: Der sie wie lange angehört hatten?

MB: Viereinhalb Jahre. Ich war gerade frisch für eine zweite Amtsperiode gewählt worden. Ich habe aber im Winter 2011/2012 festgestellt, dass die Aufsicht nicht wie gewünscht funktionierte. Ich erhielt entsprechende Informationen, mündliche wie schriftliche, dass die zuständigen Behörden gekapert worden waren. Interessanterweise sind dies die gleichen Mängel in der Sicherheitskultur, die nach der Katastrophe in Fukushima von der Expertenkommission des japanischen Parlaments für die dortige Atomindustrie festgestellt worden waren. Und es sind genau die gleichen Mängel, die

vom US-amerikanischen Department of Energy in einem öffentlich zugänglichen Bericht im April 2014 in Zusammenhang mit dem Unfall in dem unterirdischen Atommüll-Endlager WIPP (Waste Isolation Pilot Plant) in New Mexico, dem amerikanische Asse, genannt werden. Und zwar schonungslos: schwache oder fehlende Sicherheitskultur, zu große Nähe zu den Betreibern, Selbstgefälligkeit und Nachlässigkeit, kontinuierliche Verwässerung von Sicherheitsstandards, Mangel an Unabhängigkeit und wissenschaftlicher Redlichkeit usw. Die geschilderten Fakten sind erschreckend.

AB: Kann man denn die Situation in diesem amerikanischen Endlager oder in Japan mit den Verhältnissen in der Schweiz vergleichen?

MB: In den Kernfragen auf jeden Fall. Das radioaktive Risiko tickt weltweit nach den gleichen Gesetzen. Diese naturwissenschaftlichen Gesetze zu missachten und zu glauben, man könne Sicherheit über Kompromisse oder Absprachen erreichen, ist kurzsichtig und naiv. Alle Projekte, die auf dieser trügerischen Basis aufgegleist und umgesetzt wurden, sind schließlich gescheitert. Sachzwänge in anderen Anlagen, etwa in Zwischenlagern, die ihre Abfälle möglichst rasch loswerden möchten, können nicht auf das Endlager abgewälzt werden. Genau solche Zwänge führen aber zu Problemen, wie auch der Unfall in der Pilot-Anlage WIPP in New Mexico zeigt.

AB: Was genau geschah denn dort?

MB: Plutonium- und transuranhaltige Nitratsalze von militärischen Atomanlagen wurden irgendwann, vermutlich nach 2004, mit „Katzenstreu“ vermischt, also für die Einlagerung im WIPP konditioniert. Chemisch eine Fehlentscheidung mit gravierenden Konsequenzen. Diese explosive Fracht wurde ins Endlager verbracht. Nun lagern mindestens mehrere Hunderte solcher Container in der Tiefe. Der erste ging am 14. Februar 2014 hoch und verseuchte Teile der Anlage radioaktiv, teils gelangte Radioaktivität auch an die Umwelt. Die anderen Container lagern nun in der Tiefe, weitere noch auf den Geländen der großen Atomzulieferer. Und wie es weiter gehen soll, weiß niemand. Deshalb spielt es keine Rolle, wo die Fehlplanungen gemacht werden: sie haben alle die gleichen verhängnisvollen Folgen.

AB: Was müsste denn passieren, dass solche Fehlentwicklungen unterbunden werden könnten?

MB: Es muss eingesehen werden, dass der Nuklearbereich ein dramatisches Problem für die Menschheit darstellt. Was nützt es, wenn wir so tun, als ob wir die Probleme im Griff hätten? Wir haben die Nuklearenergie nicht im Griff. Überall, wo man hinschaut: Probleme. Nach dem Unfall im WIPP gibt es weltweit kein einziges funktionierendes Endlager für radioaktive Abfälle, geschweige denn für hochradioaktive Abfälle. Unsere Generation hat gewaltige atomare Altlasten produziert, man denke nur an die weitflächig atomar verseuchten Gebiete um Hanford, Savannah River Site oder Tscheliabinsk, um nur einige der schlimmsten zu nennen. Und die Unfälle häufen sich, trotz gegenteiliger Beteuerungen. Wir sind auf dem besten Weg, den künftigen Generationen eine Erblast zu hinterlassen, die eine echte Bedrohung für ihre Entwicklung darstellt. Es reicht darum nicht, schöne Gesetze zu machen und zu glauben, die Entsorger würden sich dann schon an die Vorschriften halten. Was es in erster Linie braucht, ist, dass die Gesellschaft, zumindest die leitenden Teile derselben, sich bewusst wird, was für eine Bedrohung wir tatsächlich aufgebaut haben. Nur in diesem Wissen können adäquate Maßnahmen durchgesetzt werden.

AB: Aber damit ist das Problem ja nicht aus der Welt geschafft. Was müsste denn konkret getan werden, um die vorhandenen Probleme zu entschärfen?

MB: Das Bewusstsein über die Dramatik der Situation ist der Ausgangspunkt für konkrete Entscheidungen. Auch in der Bankenwelt hat man noch vor wenigen Jahren die Bäume in den

Himmel wachsen sehen. Sanierungs-Maßnahmen wurden erst beschlossen, als das Kartenhaus zusammenstürzte. Schauen und hören Sie sich die Expertenbefragungen der Kommission „Kosten des Nuklears“ in der französischen Nationalversammlung im April und Mai 2014 an. Allgemeiner Tenor: Die Kosten für die Atomindustrie wachsen ins Unermessliche. Und die Entsorgung ist dabei noch gar nicht richtig beziffert. Wir laufen in ein echtes Langzeitproblem hinein. Deshalb ist es jetzt dringend nötig, Strukturen aufzubauen, die mit Kompetenz und wissenschaftlicher Redlichkeit an die Lösung der anstehenden Probleme gehen. Und uns nicht schon wieder die nächsten politischen Seifenblasen vor die Augen halten. Wir müssen uns von den „Image-Makern“ lösen, die das Nukleargeschehen bisher leiteten, von diesen Trugbildmachern, von denen schon Hannah Arendt in ihrer Schrift "Wahrheit und Lüge in der Politik" warnte. Vor wenigen Jahrzehnten versprachen uns die Atom-Propagandisten, die Wüsten grün zu machen, den Hunger weltweit zu besiegen und Rivas aus der Antarktis zu machen. Was aus diesen Rivas wurde, das sind verstrahlte Gebiete, in denen Krankheit und Tod lauern. Darum ist es von zentraler Bedeutung, den Tatsachen in die Augen zu schauen. Wir müssen uns der atomaren Hinterlassenschaft annehmen, und dies braucht heute als erstes grundsätzliche und weitreichende gesellschaftliche Strukturereformen. Gefördert werden müssen strategische und fachliche Kompetenz, Weitsichtigkeit und Redlichkeit und eine totale Offenheit als Grundlagen für rationale und robustere Entscheidungen.

Eine gekürzte Fassung des Interviews ist am 8. Juli 2014 unter dem Titel "Gleiche Mängel in der Sicherheitskultur" in der Tageszeitung "junge Welt" erschienen.